

Gemeinderat - öffentlich - vom 16.04.2013
1) TOP Bürger fragen

Herr Peter Walker (Bürgerinitiative Wolterdingen) stellt dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Wer habe die Schüttung der Berme beim Hochwasserrückhaltebecken bezahlt?
2. Gebe es nach dem Bau des Hochwasserrückhaltebeckens noch weitere Verpflichtungen zwischen dem Land und der Stadt?
3. Könne die Umfahrungsstraße L 180 und L 181 eine Gemeindestraße werden?
4. In welcher Form sei der Anschluss an die Donaueschinger Straße geplant?
5. Warum werde zu Gunsten der von der Verwaltung vorgeschlagenen Ortsumfahrung auf die große Lösung (komplette Ortsumfahrung) verzichtet?
6. Gebe es von Seiten der Stadtverwaltung weitere Maßnahmen zur Vermarktung der Gewerbeflächen?

Oberbürgermeister Frei: Die Berme sei vom Land Baden-Württemberg bezahlt worden. Ohne diese Schüttung wäre eine Befahrung des Dammes nicht möglich. Die Stadtverwaltung habe sich für den Bau dieser Berme sehr stark eingesetzt.

Die restlichen Antworten würden bei der Beratung zum Tagesordnungspunkt 4 gegeben.

2) TOP 4-038/13 Neugestaltung Bereich Stadtkirche / Residenz - Auswahl Plattenbelag Kirchplatz

Protokoll zum Ortstermin

Teilnehmer:

Oberbürgermeister Frei
Herr Bunse
Herr Reichle
Herr Bea

Herr Meiser, Büro Lohrberg

Stadträte: Johannes Fischer
Marcus Greiner
Reinhard Müller
Gisela Rösch
Maria Schmitt
Irmtraud Wesle
Angelika Wölfle

Nicole Schmied

Alexandra Riedmaier
Franz Wild

Elisabeth Blaurock
Michael Blaurock
Christian Kaiser
Heinrich Probst

Pfarrgemeinderat Heilige Dreifaltigkeit

Herr Bunse: Die Entscheidung zur Auswahl des Plattenbelages auf dem Kirchplatz stehe an. Zur Auswahl der Farbmuster schlage man drei Granitplatten in Grautönen vor. Man müsse darauf achten, dass ein zur Kirchenfassade passender neutraler Farbton gewählt werde.

Oberbürgermeister Frei: Für die Entscheidung des Gemeinderates sei die Beurteilung des Planers wichtig.

Herr Meiser (Büro Lohrberg): (Auf Frage von Oberbürgermeister Frei) Je dunkler sich der Plattenbelag darstelle, je unempfindlicher sei er gegen zwangsläufig sich ergebende Gebrauchsspuren. Dies sei besonders im Bereich der Verkehrsflächen in die Überlegung einzubeziehen. Kostenmäßig sei die helle Platte die günstigste Variante. Für die Platte mit dem mittleren Grauton müsse ein Zuschlag von ca. 10 % angesetzt werden. Die Platte mit dem dunklen Grauton sei ca. 50 % teurer.

Stadtrat Kaiser: Bei der Wahl der Platten müsse auf die Oberflächengestaltung wegen eventueller Glättegefahr bei Nässe geachtet werden. Zur Plattenstärke wünsche er weitere Informationen.

Herr Meiser: (Auf verschiedene Fragen aus dem Gremium) Die Platten auf dem Kirchplatz seien 12 cm stark, im Fahrbahnbereich 14 cm. Es würden Platten der Straßenklasse 3 eingebaut. Die Abriebfestigkeit werde über die Ausschreibung festgelegt. Das vorgesehene Material sei auf jeden Fall tausalzbeständig. Die Kosten würden bei ungefähr 150,00 Euro/qm (fertig verlegt) liegen. Das gesamte Material stamme aus einem Bruch.

Herr Bunse: Hinsichtlich der Plattenstärke seien umfassende Untersuchungen durchgeführt worden. Daraus resultiere auch die vorgeschlagene Materialauswahl.

Stadtrat Blaurock: Zur Beratung sollten genauere Kosten vorgelegt werden. Diese seien bereits bei dem vor einer Woche stattgefundenen Ortstermin eingefordert worden.

Herr Meiser: Genaue Zahlen könne er erst nach erfolgter Ausschreibung liefern. Die Kosten für die Verlegung lägen bei etwa 40,00 bis 60,00 €/m².

OB Frei: Nach dieser Berechnung dürften dann die Kosten für die günstigste Platte bei rund 100,00 €/m² liegen.

Beschluss: In der Probeabstimmung sprechen sich die anwesenden Gemeinderäte einstimmig für den Plattenbelag mit dem mittleren Grauton aus.

Protokoll in der Gemeinderatssitzung

Oberbürgermeister Frei: Vor der Gemeinderatssitzung habe ein Ortstermin auf dem Kirchplatz der Stadtkirche stattgefunden. An dem Ortstermin hätten auch Mitglieder des Stiftungsrates der Pfarrei Heilige Dreifaltigkeit teilgenommen. Es seien drei verschiedene Granitplatten zu Ansicht ausgewählt worden. Vor Ort sei eine einstimmige Vorentscheidung getroffen worden.

Herr Bunse: Es seien drei graue Granitplatten zur Auswahl auf dem Kirchplatz ausgelegt worden. Die Variante A sei ein sehr heller Stein, bei dem die Kosten bei ca. 90,00 €/m² lägen. Die Variante B sei der dunkelste Stein. Dieser sei auch der teuerste mit ca. 150,00 €/m². Bei der Variante C handle es sich um einen Stein mit mittlerem Dunkelgrad und großen Kontrasten im Stein. Dieser koste ca. 110,00 €/m². Bei dem vorangegangenen Ortstermin hätten sich alle Beteiligten für die Variante C ausgesprochen.

In der Gemeinderatssitzung am 4. Juni 2013 werde die Verwaltung den 4. Sachstandsbericht zum Thema Stadtkirche / Residenz vorstellen. Insbesondere solle in dieser Sitzung auf die bereits eingeholten Gutachten eingegangen und über die Abgrenzung 2. BA und 3. BA gesprochen werden. Des Weiteren werde eine Kostenübersicht vorbereitet.

Beschluss: Als Plattenbelag für den Kirchplatz wird die Variante C ausgewählt.

(30 Ja, 1 Enthaltung)

3) TOP 1-019/13 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 12. März 2013 gefassten Beschlusses

Der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 12.03.2013 gefasste Beschluss wird bekannt gegeben.

4.1) TOP 1-028/13 Bürgerinitiative Wolterdingen/Resolution

Oberbürgermeister Frei: Er möchte heute, nachdem er bereits im Südkurier und im Schwarzwälder Bote Interviews zu diesem Thema gegeben habe, auch den Gemeinderat umfassend über die Situation informieren und lückenlos Rechenschaft zu den aufgeworfenen Fragen und Anschuldigungen ablegen. Anfang Mai werde er auch in einer öffentlichen Ortschaftsratssitzung in Wolterdingen Rede und Antwort stehen.

Es sei richtig und auch wichtig, das von der Bürgerinitiative verteilte Flugblatt (als Anlage 1 der Tischvorlage beigelegt) zu besprechen. Aus diesem Flugblatt sei herauszuhören, dass die Stadt mit den Wolterdinger Interessen nicht gerecht umgehen würde. Diese Anschuldigungen seien nicht richtig und zudem auch unangemessen.

Es könne über die Frage, ob eine zweite Zufahrt in das Gewerbegebiet Längefeld gebaut werde solle, diskutiert werden. Eine Alternative zu der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante gebe es aber nicht. Schon im Jahr 2000 sei die von der Bürgerinitiative vorgeschlagene Trassenführung vom Land abgelehnt worden. Zuletzt habe das Land 2007 abgelehnt, Mittel für eine konkrete Planung der Umfahrung bereit zu stellen. Mit einem Schreiben am 18. September 2012 habe er sich erneut an den Landesverkehrsminister für eine entsprechende Priorisierung der Ortsumfahrung Wolterdingen gewandt und eingesetzt. Bisher seien auf dieses Schreiben lediglich zwei Zwischennachrichten, aber noch keine Antwort eingegangen. Da eine Ortsumfahrung schon mit einer schwarz/gelben Landesregierung nicht umsetzbar gewesen wäre, seien die Chancen jetzt mit einer grün/roten Landesregierung noch geringer geworden.

Aufgrund der Brückensanierung sei es erforderlich, während der Bauzeit eine zweite Zufahrt in das Gewerbegebiet Längefeld zu haben. Ohne diese müsste ein Umweg von bis zu 26 km gefahren werden. Ein Unternehmer aus Wolterdingen habe ihm berichtet, dass ein solcher Umweg für ihn jährliche Mehrkosten in Höhe von bis zu 30.000 € bedeuten könnten. Dies wäre keine akzeptable Situation, weder für die Gewerbetreibenden noch für die Wolterdinger Bürger insgesamt. Des Weiteren würden die Gewerbeflächen für Neuansiedlungen uninteressanter werden.

Die Stadt sehe die Chance mit Hilfe des Landes Baden-Württemberg eine zweite Zufahrt und somit auch eine dauerhafte zweite Bregquerung zu schaffen. Diese Chance solle genutzt werden. Die Stadt müsste lediglich die Planungskosten übernehmen. Diese würden dennoch bei einer hohen sechsstelligen Summe liegen. Insbesondere für Gutachten müssten hohe Kosten einkalkuliert werden.

Eine schriftliche Zusage, dass die Stadt die Planungskosten und das Land die Baukosten übernehme, habe die Stadt schon vom damaligen Regierungspräsidenten Würtenberger erhalten. Zwischenzeitlich liege auch eine Bestätigung der neuen Regierungspräsidenten Schäfer vor.

Auf die Forderung, ein Rechtsgutachten erstellen zu lassen, das sich mit der Frage auseinandersetze, ob und in welcher Höhe Anlieger auf Wolterdinger Gemarkung zur Zahlung von Anlieger- und Anschlussbeiträgen herangezogen werden dürfen, werde die Stadtverwaltung nicht eingehen. Die Rechtlage sei eindeutig. Ein Gutachten wäre Steuergeldverschwendung, was die Stadt nicht verantworten wolle und auch nicht könne.

In Aufen, Am Sommerberg, hätten einige Anwohner vor vielen Jahren gegen die Erhebung von Anliegergebühren geklagt. Die Stadtverwaltung habe alle Gerichtsverfahren gewonnen, da die Rechtsslage eindeutig sei.

Die Wasser- und Abwassergebühren, die aufgrund von entsprechenden Satzungen geregelt seien, würden einheitlich für die gesamte Gemeindefläche gelten. Alles andere wäre nicht akzeptabel. In der Sitzung am 3. November 1976 habe der Ortschaftsrat Wolterdingen beschlossen, dass zum 1. Januar 1977 einheitliche Beiträge festgelegt würden. Diese würden nach Ablauf der befristeten Übergangsregelungen auch durchgängig für alle Stadtteile gelten.

Bevor er etwas zu den Hallenbenutzungsgebühren sage, möchte er noch anmerken, dass es für ihn nicht nachvollziehbar sei, dass jetzt der 42 Jahre alte Eingemeindungsvertrag aufgegriffen werde.

Die Wolterdingen Vereine würden keine Hallenbenutzungsgebühren sondern Betriebskostenanteile bezahlen. Die Betriebskostenanteile würden durch den Gemeinderat festgesetzt und alle Vereine würden gleich behandelt. Auch der Ortschaftsrat Wolterdingen sei vor der Entscheidung im Gemeinderat über die Erhebung und die Höhe der vorgesehenen Betriebskostenanteile informiert und angehört worden. Der Ortschaftsrat habe dieser Erhebung von Betriebskostenanteilen zugestimmt. Aus diesem Grund würden keine rechtlichen Fehler und auch kein Verstoß vorliegen. Die Wolterdinger Vereine seien aufgrund der kompletten Vereinsförderung, trotz der Erhebung von Betriebskostenanteilen, nicht schlechter gestellt, als vor der Eingemeindung.

Über die Ortsumgehung könne durchaus politisch diskutiert werden. Die weiteren Punkte, die die Bürgerinitiative aufgegriffen habe, seien rechtlich eindeutig, sodass es keiner weiteren Diskussion bedürfe. Wer dennoch auf solchen Ansichten beharre, treibe damit einen Keil zwischen Wolterdingen und die Kernstadt.

Stadtrat Greiner: Er sei schockiert über den Ton, den die Bürgerinitiative in ihrer Resolution einschlage. Mit Aussagen wie „Wir werden von der Stadtverwaltung Donaueschingen verschaukelt“ und „Behördenwillkür“ erübrige sich eigentlich jede sachliche Diskussion.

Stadtrat Durler: Er schäme sich für die Leute, die sich in dieser Form einbringen würden. Er hoffe, dass mit der öffentlichen Ortschaftsratssitzung, die Anfang Mai stattfinden werde, alle Fragen endgültig geklärt werden können.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Für ihn sei die Bürgerinitiative schlichtweg dumm, bössartig und ärgerlich. Der Sachverhalt sei eindeutig und es lohne sich seiner Meinung nach nicht, noch weiter über solche Unterstellungen der Bürgerinitiative zu diskutieren.

Stadtrat Karrer: Auch er fühle sich als Bürgervertreter durch die Aussagen der Bürgerinitiative angegriffen. Der Gemeinderat und die Stadt Donaueschingen würden nach Recht und Gesetz handeln.

Eine Alternative zu der zweiten Zufahrt ins Gewerbegebiet Längefeld, wie von der Stadtverwaltung Donaueschingen vorgeschlagen, sei nicht in Sicht. Wenn man sich gegen diese Variante aussprechen würde, würden Teile Wolterdingens bei der Brückensanierung abgeschnitten werden.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Das Papier der Bürgerinitiative sei an der Grenze, sich damit gar nicht erst zu befassen. Die Bürgerinitiative müsse der Realität ins Auge sehen, dass eine alternative Trassenführung nicht umsetzbar sei. Niemand glaube ernsthaft daran, dass die von der Bürgerinitiative vorgestellte Trassenführung Zukunft habe. In der Frage von Beiträgen habe jeder das Recht, vor dem Verwaltungsgerichtshof zu klagen.

Stadtrat Blaurock: Auch er sei der Meinung, dass die von der Bürgerinitiative vorgeschlagene Trassenführung keine Chancen auf Umsetzbarkeit habe. Er möchte das Gutachten zur Brücke baldmöglichst erhalten, um konkreter in die Thematik einsteigen zu können. Er sei froh

darüber, dass Herr Oberbürgermeister Frei heute klar Stellung zu allen Themen der Bürgerinitiative genommen habe. In Zukunft sollte man in Wolterdingen dem Ortschaftsrat mit mehr Wertschätzung begegnen und in diesem Gremium über politische Auseinandersetzungen sprechen.

Oberbürgermeister Frei: (Auf die noch nicht beantworteten Fragen von Peter Walker, die er unter TOP 1 „Bürger fragen“ gestellt hat) Selbst wenn es in Zukunft die Aussicht auf den Bau einer kompletten Ortsumfahrung von Wolterdingen geben würde, würde die Herstellung einer zweiten Zufahrt nichts verbauen. Die künftige Umfahrungsstraße sei eine Landesstraße und die Stadt werde keine Landesstraße bauen.

Das Gewerbegebiet in Wolterdingen werde gemeinsam mit den Gewerbeflächen der Gesamtstadt vermarktet. Sicherlich würde die Attraktivität des Gewerbegebietes Wolterdingen mit einer zweiten Zufahrt steigen.

Herr Walker: (Bürgerinitiative) Die Zweifel, die die Bürgerinitiative bezüglich Absprachen zwischen dem Land und der Stadt habe, seien nicht grundlos. Es gebe eine mündliche Aussage eines Mitarbeiters des Regierungspräsidiums und auch schriftliche, die solche Absprachen bestätigen.

Gerne hätte sich die Bürgerinitiative mit dem Ortschaftsrat zusammen gesetzt und über die Angelegenheit gesprochen. Leider sei dies abgeblockt worden, insbesondere durch Herrn Ortsvorsteher Müller.

Oberbürgermeister Frei: Er verbitte sich diese böswilligen Unterstellungen von Herrn Walker. Sie würden in keinsten Weise der Wahrheit entsprechen. Des Weiteren habe er Herrn Walker schon ausführlich erläutert, welche Einnahmen die Stadt zu verzeichnen hatte und es keinerlei Vereinbarungen mit dem Land gebe. Die Zahlen seien öffentlich und im Haushaltsplan nachlesbar. Die Stadt habe insgesamt 2,3 Mio. € für das Hochwasserrückhaltebecken bezahlt. Das Gesamtprojekt kostete etwa 23 Mio. €. Für das Bereitstellen von Aushubmaterial seien ca. 400.000 € und für den erfolgten Holzeinschlag weitere ca. 80.000 € im Haushalt aufgeführt worden. Aus Grundstücksverkäufen sei eine weitere Summe als Einnahmen zu verzeichnen gewesen. Die Stadt habe letztendlich eine siebenstellige Summe netto für den Bau des Hochwasserrückhaltebeckens bezahlt. Er möchte nochmals betonen, dass es darüber hinaus keinerlei Absprachen mit dem Land gegeben habe und noch gebe.

Stadtrat Müller: Die Behauptung von Herrn Walker, dass der Ortschaftsrat zu keinen Gesprächen mit der Bürgerinitiative bereit gewesen wäre, sei eine absolute Frechheit. Der Ortschaftsrat sei nie zu Gesprächen eingeladen worden. Lediglich zum ersten Treffen der Bürgerinitiative vor rund einem Jahr habe es eine Einladung gegeben. Zu diesem sei sehr kurzfristig eingeladen worden und er selbst habe nicht daran teilnehmen können, weil er verreist gewesen sei. Er habe sich dafür aber entschuldigt. Es sei eine Unverschämtheit von Herrn Walker, solche Lügen zu erzählen.

5) TOP 1-027/13 Amt 3 Öffentliche Ordnung/Wiederbesetzung einer 50 % Stelle im Bürgerservice

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

6) TOP 1-024/13 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

7) TOP 1-023/13 Reitturnier Donaueschingen GmbH - Weisungsbeschlüsse des Gemeinderats für das Jahr 2012

Herr Riedmann führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein. Die Gesellschaft sei zuversichtlich, dass mittelfristig der Gemeinderat keine städtischen Gelder mehr für die GmbH bereit stellen müsse.

(Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Der starke Abfall des Kassenbestandes von 108.133,72 € auf 59.007,31 € sei damit zu erklären, dass Ende 2011 eine unerwartete Rückzahlung aus einem Insolvenzverfahren einging. Dieser Betrag sei im Jahr 2011 schon verbucht worden, aber erst im Jahr 2012 ausgegeben worden. Ebenfalls sei ein Zuschuss der Stadt in Höhe von 40.000 € im Jahr 2011 verbucht, aber erst im Jahr 2012 wieder ausgegeben worden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

8) TOP 2-007/13 Kunst- und Musikschule - Gebührenanpassung

Herr Riedmann: In der Änderungssatzung müsse in § 5 Abs. 3 der Betrag für den instrumentalen und vokalen Einzel- und Gruppenunterricht je Baustein von 18,75 € auf 18,70 € geändert werden.

Beschluss:

1. Der vorgeschlagenen Anpassung der Benutzungsgebühren für die Kunst- und Musikschule wird zugestimmt.
2. Der Änderungssatzung über die Gebühren für die Benutzung der Kunst- und Musikschule einschließlich der von Herrn Riedmann mündlich vorgetragene Änderung in § 5 Abs. 3, wird zugestimmt.

(einstimmig)

9) TOP 2-008/13 Heimattage 2012 - Skulpturenweg, Ankauf

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Blaurock: Er möchte sich bei der Stadt für den Mut, solche Ausstellungen zu machen, bedanken.

Stadtrat Hall: Die große Mehrheit der Bürger sei offen gegenüber der Kunst eingestellt.

Oberbürgermeister Frei: Es sei nicht richtig über Kunst politisch zu entscheiden. Darüber sei auch noch nie im Gemeinderat diskutiert worden. Darüber sei er sehr froh. Er sehe die Politik und auch die Stadt mehr als Förderer und Ermöglicher für Kunst.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(31 Ja, 1 Enthaltung)

10) TOP 2-009/13 Tourismus und Marketing - Jahresbericht 2012

Frau Heinemann stellt anhand einer Power Point Präsentation den Jahresbericht 2012 des Sachgebietes Tourismus und Marketing vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Oberbürgermeister Frei: Die Arbeit des Sachgebietes Tourismus und Marketing sei sehr serviceorientiert gegenüber Gästen, Hotels vor Ort und auch gegenüber den Gastronomen. Diese gute Arbeit spiegle sich an den erneut gestiegenen Übernachtungszahlen in Donaueschingen wieder. Schon im vergangenen Jahr sei eine enorme Steigerung zu verzeichnen gewesen, die wie in diesem Jahr auch über dem Wachstumsdurchschnitt im Schwarzwald Baar Kreis liege. Das Jahr 2013 werde aufgrund der Donauquellensanierung und der Sanierung rund um den Residenzbereich kein einfaches touristisches Jahr. Es würden Konzepte auf den Weg gebracht, um auch den Gästen in diesem Jahr attraktive Alternativen anbieten zu können.

Herr Riedmann: (Auf Frage von Frau Riedmaier) Das an der Tourist-Information installierte Infoterminal gehöre nicht der Stadt. Die Stadt Donaueschingen stelle den Standort und den Strom zur Verfügung. Des Weiteren werde das Infoterminal durch Sponsoren finanziert. Mit dem Terminal an sich sei die Stadt momentan nicht zufrieden. Sollte der Eigentümer die Mängel nicht beseitigen können, würde man sobald als möglich den Vertrag mit der Firma kündigen und das Terminal wieder abbauen.

Beschluss: Der Jahresbericht 2012 des Sachgebiets Tourismus und Marketing wird zur Kenntnis genommen.

11) TOP 4-049/13 Sanierung Donauquelle - Finanzierung

Oberbürgermeister Frei: In der Gemeinderatssitzung am 4. Juni 2013 werde die Verwaltung den 4. Zwischenbericht zur Sanierung der Donauquelle vortragen. Insbesondere solle es in diesem Zwischenbericht um die Gutachten gehen und eine Kostenübersicht werde ebenfalls vorbereitet.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

12) TOP 4-046/13 Landschaftserhaltungsverband (LEV) im Schwarzwald-Baar-Kreis / Gründung - Vorstellung

Herr Dr. Bronner erläutert mit Hilfe einer Power Point Präsentation, was ein Landschaftserhaltungsverband ist, welche Aufgaben ein solcher Verband hat, wo es solche Verbände gibt und was die Vorteile von einem Landschaftserhaltungsverband sind. Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage anbei.

Stadtrat Karrer: Er habe die Befürchtung, dass dieser Verband früher oder später auch ein Träger öffentlicher Belange werde und bei Bauvorhaben angehört werden müsse. Dies wäre keine gute Entwicklung.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(30 Ja, 2 Enthaltungen)

**13) TOP 4-037/13 Bebauungsplan Marienburger Straße, Am Altweg / Falkenweg
und Feldweg Lgb. Nr. 3460 / 1. Teiländerung - Satzungsbeschluss**

Herr Stadtrat Wolfgang Karrer ist befangen. Er verlässt den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerbereich Platz. Er nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(27 Ja, 4 Enthaltungen)

14) TOP 4-040/13 Gewerbegebiet Breiten Strangen / Glasfasernetz - Vergabe

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

15) TOP 4-035/13 Erschließung Baugebiet Weidenäcker, 2. BA / Grüningen - Vergabe

Die Herren Stadträte Wolfgang Karrer und Marcus Greiner sind befangen. Sie verlassen den Sitzungstisch und nehmen im Zuhörerbereich Platz. Sie nehmen weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

16.1) TOP 4-051/13 Erschließung Baugebiet Schützenberg, 2. und 3. BA - Vergabe

Der befangene Herr Stadtrat Marcus Greiner, der den Sitzungstisch verlassen hat, wird von Herrn Oberbürgermeister Frei nach vorne gerufen.

Herr Oberbürgermeister Frei erklärt, dass Herr Stadtrat Greiner bei diesem Tagesordnungspunkt befangen sei, er aber bei diesem Tagesordnungspunkt als sachkundiger Bürger/Betroffener nach der Gemeindeordnung angehört werden dürfe.

Er nehme weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Seitens des Gemeinderates gebe es keinen Widerspruch gegen den Bericht von Herrn Greiner.

Oberbürgermeister Frei: Für die Anhörung von Herrn Greiner werde die Beratung hiermit unterbrochen.

Herr Ingenieur Greiner erläutert die enormen Kostensteigerungen mit Hilfe von zwei Darstellungen. Diese sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Oberbürgermeister Frei: Die Beratung werde nun wieder fortgeführt.

Die Verwaltung schlage vor, trotz der enormen Mehrkosten die Bauarbeiten zu vergeben. Die Vermarktung der Grundstücke werde bereits intensiv betrieben, so dass bereits 16 Grundstücke durch einen Vorvertrag zugeteilt werden konnten. Die zukünftigen Bauherren würden davon ausgehen, dass die Bauarbeiten bis Ende Dezember abgeschlossen seien und sie dann mit ihren Baumaßnahmen beginnen könnten. Aus diesem Grund solle die Erschließung des Baugebiets Schützenberg nicht aufgeschoben und schon gar nicht geschmärlert werden.

Stadtrat Hall: Auch er spreche sich dafür aus, dass trotz der erheblichen Mehrkosten die Baumaßnahme fortgeführt werden solle. Im Baugebiet Schützenberg müsse eine Entwässerung hergestellt werden, die alle Betroffenen zufrieden stelle.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Es würden voll erschlossene Grundstücke verkauft. Aufgrund der Mehrkosten für die Erschließung würden sich die Bauplatzpreise aber nicht ändern. Die Mehrkosten für die Erschließung trage die Stadt. Es seien bereits 16 von insgesamt 31 Grundstücken durch einen Vorvertrag zugeteilt worden.

Die Beratung wird hiermit erneut für eine Anhörung von Herrn Stadtrat Greiner unterbrochen.

Herr Ingenieur Greiner: (Auf Frage von Stadtrat Durler) Eine wesentliche Preissteigerung sei beim Fels zu verzeichnen gewesen. Bei der Ausschreibung des 1. BA habe der damalige Bieter gesagt, dass der Preis für den Fels ausreichend und wirtschaftlich sei. Bei der jetzigen Ausschreibung des 2. und 3. BA sei der Preis für den Fels enorm gestiegen. Es sei davon auszugehen, dass beim 1. BA der massive Fels unterschätzt worden sei.

Oberbürgermeister Frei: Die Beratung werde nun wieder fortgeführt.

Stadtrat Karrer: Auch er spreche sich dafür aus, die Bauarbeiten trotz der Mehrkosten zu vergeben. Für die Zukunft sollten aber die Bauplatzpreise erst dann festgesetzt werden, wenn dem Gemeinderat die Kosten für die Erschließung vorlägen. Es könne dann nicht mehr passieren, dass die Stadt Bauplätze subventioniere, bzw. mitfinanziere.

Oberbürgermeister Frei: Bei der nächsten Festlegung von Bauplatzpreisen könne so verfahren werden. Es sei aber auch zu bedenken, dass aufgrund der frühen und intensiven Ver-

marktung schon sehr viele Vorverträge geschlossen worden seien. Insofern sei dies wirtschaftlich. Teuer sei hingegen, wenn, wie in früheren Jahren, Grundstücke – etwa auf Bühl – jahrelang nicht veräußert werden könnten und „im Zins“ stünden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(28 Ja, 3 Enthaltungen)

17.1) TOP 4-050/13 Neubau Kreisverkehr Lehen-, Friedhof-, Schul- und Dürzheimer Straße - Vergabe

Herr Bunse: (Auf Frage von Stadtrat Fischer) Die Kreuzung müsse während der Bauphase von dreieinhalb Monaten komplett gesperrt werden.

Stadtrat Hall: Es wäre schön, wenn die Baumaßnahme nicht erst am 20. September 2013, sondern schon eine Woche früher, zum Reitturnier, fertiggestellt werden könnte.

Herr Reichle: Wenn es die Witterung zulasse, werde die Baumaßnahme zwei Wochen vor dem geplanten Termin fertiggestellt werden.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

18) TOP 4-045/13 Erschließung Baugebiet Schützenberg, 1. BA - außerplanmäßige Ausgabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

19) TOP 4-047/13 Sonnhaldenstraße, 6. BA / Donaueschingen - überplanmäßige Ausgabe

Herr Bunse führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

20) TOP 4-039/13 Technische Dienste / Ersatzbeschaffung Radlader - Vergabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

21) TOP 5-001/13 Bebauungsplan Proviantamt/Änderung - Städtebaulicher Vertrag

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

22) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Parkschwimmbad

Oberbürgermeister Frei informiert den Gemeinderat über die Schäden am Becken des Parkschwimmbades, die nun nach dem Winter zu reparieren seien. Die Bilder der Schäden sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Bunse: Die Reparaturkosten würden zwischen 7.000 € und 9.000 € liegen. Solche Schäden würden jedes Jahr auftreten, da es sich bei dem Becken um ein Betonbecken handle. Um hohe Reparaturkosten in Zukunft zu vermeiden, sei der Einbau von Edelstahlbecken notwendig.

Herr Riedmann: (Auf Frage von Stadträtin Zwetschke) Es könnte sein, dass die Rutsche im Parkschwimmbad kurzfristig außer Betrieb genommen werden müsse. Bisher sei die TÜV-Abnahme noch nicht erfolgt, daher könne er noch nicht sagen, ob in diesem Jahr die Rutsche noch benutzt werden dürfe.

Neugestaltung Bereich Stadtkirche / Residenz

Frau Riedmaier: Um den Verkehrsfluss in der Karlstraße zu verbessern, schlage sie vor, die Geschwindigkeitszonen für die Bauzeit auf 30 km/h zu ändern. Des Weiteren wäre es wichtig, die Schützenbrücke für Fußgänger zu öffnen.

Bürgermeister Kaiser: Er warne davor, in der und um die Karlstraße herum die Geschwindigkeiten zu ändern. Es sei nicht möglich, die Schützenbrücke für Fußgänger zugänglich zu machen. Sobald die Verwaltung die Öffnung der Brücke für Fußgänger aus Sicherheitsgründen verantworten könne, werde sie die Brücke auch wieder für Fußgänger öffnen.

Oberbürgermeister Frei: Die Verwaltung sei schon öfters auf dieses Thema angesprochen worden. Nach Prüfung der Angelegenheit sei die Verwaltung aber zum Ergebnis gekommen, dass eine Öffnung der Schützenbrücke für Fußgänger nicht möglich sei.

(Auf Anmerkung von Stadträtin Rösch) Die Personen, die die Schützenbrücke überqueren, würden dies auf eigene Gefahr tun.

Bürgermeister Kaiser: Die Umwege, die aufgrund der Sperrung der Schützenbrücke in Kauf genommen werden müssten, würden sich in Grenzen halten. Um zu Fuß vom Hanselbrunnen bis zum Bahnhof zu gelangen müssten lediglich 112 m mehr zurück gelegt werden.

Brücke nördlich des DJK Sportplatzes

Stadtrat Wild: Die Brücke die ca. 100 m nördlich des DJK Sportplatzes gewesen sei, sei abgebaut worden.

Stadtrat Rögele: Das Fürstenhaus habe die Brücke abgebaut. Es werde mit einem Schild über den Abbau der Brücke informiert.

Seniorenrat Aufen

Stadtrat Käfer: Der Seniorenrat Aufen arbeite schon seit vielen Jahren ehrenamtlich und leiste hervorragende Arbeit. Aus diesem Grund schlage er vor, diesem einen Zuschuss in Höhe von ca. 300,00 € zukommen zu lassen.

Herr Romer: Die Ortsteile würden einen Zuschuss von der Stadt für Seniorenveranstaltungen erhalten. Die großen Ortsteile würden einen Zuschuss in Höhe von 150,00 € und die kleinen Ortsteile in Höhe von 130,00 € erhalten.

Oberbürgermeister Frei: Über eine Bezuschussung des Seniorenrates in Aufen solle im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014 gesprochen werden.

Mülleimer im Schlosspark

Stadtrat Karrer: Er stelle den Antrag, im Schlosspark Mülleimer anzuschaffen, die abdeckbar seien. Bei den bisherigen Mülleimern im Schlosspark würden Tiere diese nach Essbarem durchsuchen und der Müll würde aus den Eimern fallen.

Herr Bunse: Im Sommer 2012 habe er einen Ortstermin im Schlosspark mit Fürstin Maximiliane zu Fürstenberg gehabt, um über das bekannte Problem zu sprechen. Die Verwaltung habe auch schon einen Vorschlag für einen Mülleimer mit einer Abdeckvorrichtung gemacht. Dieses Modell habe dem Fürstenhaus aber nicht zugesagt und es habe der Verwaltung ein Modell mit Holz vorstellen wollen. Die Verwaltung bitte das Fürstenhaus seit diesem Termin regelmäßig um Vorstellung des gewünschten Modells.